

Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr - Planung 2018-2032

Text: Jürgen Dreifke, März 2021

Die für Reservisten naheliegende Fokussierung auf den Heimatschutz sollte den Blick auf die Gesamtplanung der Bundeswehr nicht verlieren!

Am 4.9.2018 hatte Generalinspekteur General Zorn das neue Fähigkeitsprofil der Bundeswehr unterzeichnet. Es legte konkrete Ziele für die Planung der Bundeswehr in den nächsten 15 Jahren fest. Das Konzept wurde nur in grundlegenden Zügen der Öffentlichkeit vorgestellt. Abgeordnete konnten unter dem Vorbehalt der Geheimhaltung Details einsehen. Einige Planungsdetails sind aber durchgesickert. Das künftige Fähigkeitsprofil orientiert sich weniger an den Teilstreitkräften als an zwölf sogenannten Systemverbänden, in denen die künftigen Hauptaufgaben der Bundeswehr von Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis, zentralem Sanitätsdienst und dem Kommando Cyber- und Informationsraum in übergreifender Zusammenarbeit geleistet werden sollen.

Angesichts der Ungewissheiten bei der Entwicklung der sicherheitspolitischen Weltlage will man die Bundeswehr künftig nicht mehr auf eine Schwerpunktrolle festlegen. Bündnis- und Landesverteidigung haben zwar eine neue Priorität, Beiträge Deutschlands zum internationalen Krisenmanagement bleiben aber weiterhin Auftrag der Bundeswehr. Es wird differenziert zwischen einer Grundaufstellung der Bundeswehr und zusätzlichen Missionspaketen für besondere Aufgaben, zum Beispiel beim internationalen Krisenmanagement.

Systemverbände soll es u.a. geben für Land, Luft, See, Spezialeinsätze, Unterstützung, Weltraum, Cyber- und Informationsraum, Unterstützung alliierter Partner (HNS) und Katastrophenhilfe. Die Konzeption für den Beitrag zu dem Systemverbund ‚Bündnisverteidigung Land‘ sieht dann so aus: Die Bundeswehr stellt den Rahmen für einen multinationalen Korpsstab und wesentliche Teile von zwei weiteren multinationalen Korpsstäben. Drei Divisionsstäbe sollen zunächst acht aktive Brigaden führen, zusammen mit Verbündeten sollen es bis zu 15 Brigaden sein. Nach 2032, so die Planung, könnte die Zahl der deutschen Brigaden auf zehn steigen. An diesem Systemverbund ‚Land‘ sind auch Luftwaffe (Transporthubschrauber), die Streitkräftebasis (Logistik, ABC-Abwehr, Feldjäger), der Sanitätsdienst und das Kommando Cyber- und Informationsraum (IT-Kräfte, Eloka) beteiligt. Der entsprechende Systemverbund ‚Luft‘ sieht die Bereitstellung von vier sogenannten Air Task Forces vor. Gemeinsam mit Verbündeten soll die Luftüberlegenheit über Einsatzgebieten erzwungen werden können. Dabei sollen mit ca. 300 Einsätzen pro Tag gleichzeitig die Lufthoheit über Deutschland, die deutsche nukleare Teilhabe, konventionelle Luft-Boden-Einsätze und ein Beitrag

zur integrierten NATO-Luftverteidigung gewährleistet bleiben. Zur See sieht das Fähigkeitsprofil langfristig die Bereitstellung von mindestens 25 hochseegehenden Einheiten plus 8 U-Boote zum Wirken für den dreidimensionalen Seekrieg vor - einschließlich Befähigung zur Randmeerkriegführung, Unterwasserseekriegführung und U-Boot-Bekämpfung, konventionelle U-Boot-Operationen, Seeminenabwehr und -einsatz, Überwasserseekriegführung mit maritimer Luftverteidigung und Abwehr ballistischer Raketen. Auch der lange vernachlässigte Seekrieg aus der Luft wird wieder neu organisiert werden müssen.

Man muss abwarten, ob die neuen Begriffe auch mit wirksamen Fähigkeiten unterlegt sein werden!

Im Rahmen des künftigen Fähigkeitsprofils der Bundeswehr hat Heeresinspekteur Vollmer später zwei Achsen der Heeresentwicklung vorgegeben. Aufgrund der Zusagen an die NATO soll bis 2023 eine komplette Heeresbrigade ohne Rückgriff auf Kapazitäten anderer Truppenanteile einsatzbereit sein und jederzeit für die Speerspitzenbrigade VJTF (Very Fast Joint Task Force) herangezogen werden können. Laut aktuellem Stand ist dafür die Panzergrenadierbrigade 37 in Frankenberg/Sachsen vorgesehen. Für das Jahr 2027 will das Heer mit einer personell und materiell kompletten Division für die NATO präsent sein. Hierfür ist die 10. Panzerdivision vorgesehen. Im Jahre 2032 soll dann schließlich das vorläufige Endziel von drei Divisionen mit acht, später vielleicht zehn Brigaden erreicht sein. Die zwei zusätzlichen Divisionen haben dabei einen mehrjährigen Prozess der Erprobung und Einführung zur Digitalisierung der Kommunikation und Führungsmittel (mobile taktische Kommunikation, mobiler taktischer Informationsverbund) durchlaufen. Ein Erprobungsverband wurde dafür in Munster aufgestellt.

Über die Detailstruktur der Umsetzung des 2018 verabschiedeten Fähigkeitsprofils der Bundeswehr für das Jahr 2031 gibt es keine öffentlichen Dokumente. Nur der Rahmen ist bekannt und vereinzelt gab es Informationen, aus denen Rückschlüsse möglich sind. Somit kann auch am Ende der Erfolg oder das Zurückbleiben hinter den Erwartungen nicht öffentlich bewertet werden.

Die Personalplanung der Bundeswehr setzt auf eine Aufstockung auf ca. 203.000 aktive Soldatinnen und Soldaten bis zum Ende des Jahrzehnts und einen fest einplanbaren Umfang von 90.000 beorderungsfähigen Reservisten aus der ab Oktober 2021 in Kraft gesetzten sechsjährigen Grundbeorderung ausscheidender Soldaten. Das Heer geht von ca. 60.000 Aktiven und 20.000 Reservedienstposten der Verstärkungsreserve aus. Allerdings ist das Heer auch auf Unterstützung der anderen Teilstreitkräfte / Organisationsbereiche angewiesen. Besonders hoch ist die Abhängigkeit von den Leistungen des

zentralen Sanitätsdienstes. Ein großer Teil der rückwärtigen Logistik und die territorialen Aufgaben inklusive des Heimatschutzes sind bei der Streitkräftebasis verortet. Die Flugabwehr im Nahbereich liegt im Augenblick noch in der Verantwortung der Luftwaffe und das Heer benötigt auch den Anschluss an die Fernmeldekräfte (sechs IT-Bataillone) und elektronische Kampfführung des Cyberkommandos. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Grundbeordneten dürfte auch für den Personalersatz eingeplant werden. Dies sollte man berücksichtigen, wenn man zum Größenvergleich das Heer vor 1990 bzw. 2002 heranzieht, das all diese Leistungen noch unter seinem Dach organisiert hatte.

Für das Heer hat das BMVg die Verfügbarkeit von drei vollausgestatteten Divisionen mit acht Brigaden bis 2031/32 der NATO zugesagt. Auch ein Heereskorps mit maßgeblich deutscher Beteiligung soll wieder mit Korpstruppen ausgestattet werden. Nach 2032 soll die Erweiterung auf zehn Brigaden geprüft werden. Das Deutsche Heer ist nach dem Rahmennationprinzip für die Einbindung von Streitkräften der Partner offen. Mit den niederländischen Streitkräften ist dieser Prozess jetzt schon weit fortgeschritten. Eine mechanisierte Brigade (NL) und eine luftmobile Brigade (NL) unterstehen bereits im Frieden einsatzmäßig der 1. Panzerdivision bzw. der Division Schnelle Kräfte. Tschechien und Rumänien haben die Einbindung von je einer Brigade angesagt.

Weitere Einzelinformationen sind nach und nach bekannt geworden. Das Heer will 2023 die Panzergrenadierbrigade 37 in Frankenberg bis 2023 für die NATO-Speerspitze als Standardbrigade personell und materiell vollausgestattet verfügbar machen. Erweitert um das als sechster aktiver Panzerverband wiederaufgestellte Panzerbataillon 363 in Hardheim wird es mit zwei Panzergrenadierbataillonen und zwei Panzerbataillonen zu einer Standardbrigade werden. Bis 2027 soll dann die 10. Panzerdivision als klassischer mechanisierter Großverband mit zwei Panzergrenadierbrigaden und einer Panzerbrigade im Bündnis voll einsatzbereit sein. An Kampftruppen soll sie fünf Panzergrenadierbataillone, vier Panzerbataillone und drei Jägerbataillone umfassen.

Es sind auch wieder Divisionstruppen vorgesehen. Als Führungsverband wachsen die Stabs- und Fernmeldekräfte zu einem Bataillon auf und es wird wieder ein Pionierbataillon und ein Aufklärungsbataillon auf Divisionsebene geben. Dafür werden die Pionier- und Aufklärungsbataillone der Brigaden wieder auf Kompaniegröße zurückgeführt. Flugabwehrkräfte, Artillerie und ein Versorgungsverband auf Divisionsebene werden ebenfalls neu entstehen müssen und können nur auf geringe oder gar keine vorhandenen Teile zurückgreifen. Bei den Korpstruppen für ein Heereskorps in maßgeblich deutscher Verantwortung ist an Fernmelder, Pioniere und Artillerie gedacht.

Parallel zur Formation der 10. Panzerdivision als vollpräsentem mechanisierten Divisionsverband verläuft der Entwicklungsprozess der beiden anderen Divisionen, die bis 2031 zu volldigitalisierten Großverbänden entwickelt werden sollen, über deren endgültige Ausgestaltung aber noch keine Aussagen gemacht werden. Die Erprobung und Einführung einer Digitalisierung der mobilen taktischen Kommunikation und Informationsverbände ist eingeleitet. Der Erprobungsverband in Munster wurde schon erwähnt.

Im Prinzip ist der Rahmen für dieses Profil schon im gegenwärtigen Heer angelegt, das über drei Divisionen (1. und 10. Panzerdivision, Division Schnelle Kräfte) und unter Einschluss des deutschen Anteils der Deutsch-Französischen Brigade acht Brigadeverbände führt. Dazu gehört auch eine Luftlandebrigade, die als solche auch im Fähigkeitsprofil 2031 erhalten bleibt, und die Gebirgsbrigade 23 als Jägerverband, u.a. auch ausgestattet mit Transportpanzern Boxer.

Fünf Brigadeverbände sind gegenwärtig als Panzer- oder Panzergrenadierbrigaden ausgestattet, die aber auch über Jägerbataillone verfügen, von denen eine Brigade aber keinen Panzerverband hat. Bei den Panzerbrigaden ist dies ohnehin zurzeit nur eine Traditionsbezeichnung, da zurzeit keine mehr als ein Panzerbataillon hat: Panzerlehrbrigade 9, Panzergrenadierbrigade 41, Panzerbrigade 21, Panzergrenadierbrigade 37 und Panzerbrigade 12. Allerdings ist nach Unterstellung des neuen Panzerbataillons 363 die Brigade 37 wieder eine echte Panzerbrigade. Es soll auch noch ein siebtes Panzerbataillon entstehen. Das dürfte eine Wiederauffüllung des Gebirgspanzerbataillons 8 in Pfreimd sein, das als Kaderverband seine zwei aktiven Kompanien zur Aufstellung des Bataillons 363 abgeben musste, nach Wiederaufstockung des Leopard II-Bestandes auf 328 aber wieder zu einem nicht aktiven Panzerbataillon mit 44 Kampfpanzern werden könnte.

Die Luftlandebrigade 1 mit ihren beiden Fallschirmjägerregimentern und immerhin acht weiteren aktiven Jägerbataillonen in der Gebirgsbrigade 23, der deutsch-französischen Brigade und auch in den Panzerbrigaden 9 und 21 und der Panzergrenadierbrigade 41 werden einen nicht unerheblichen Anteil leichter und mittlerer Kräfte im Heer langfristig sicher stellen. Die meisten Jägerbataillone werden mit dem Transportpanzer Boxer in verschiedenen Varianten mobil sein. Die Zukunft der neun Panzergrenadierbataillone ist abhängig von Fortschritten bei der Einsatzreife der 350 Schützenpanzer Puma und der noch offenen Beschaffung eines zweiten Loses von 227 Puma, um die letzten seit fünf Jahrzehnten im Einsatz stehenden Schützenpanzer Marder ablösen zu können.

Es hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die drei Divisionen für 2031 personell nicht voll aufgestellt werden können, sondern in Teilen mit Reservisten gekadert werden müssen. Zu diesem Zweck sollen die jetzt schon vorhandenen fünf Ergänzungsbataillone (2x Panzergrenadiere 1x Jäger, 1 x Panzer, 1x Pioniere) und 18 Ergänzungskompanien/-batterien des Heeres bis 2027 nach Einführung der Grundbeordnung ab Oktober 2021 personell aufgefüllt und dann bis 2031 mit Gerät ausgestattet und als vollwertige Reservekampfverbände einsatzbereit sein.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es möglich sein sollte, mit den jetzt schon vorhandenen 29 Kampftruppenverbänden (Panzergrenadiere, Jäger, Gebirgsjäger, Fallschirmjäger, Panzer), davon vier Ergänzungstruppenteile, drei kampfkraftige Divisionen wieder einsatzbereit zu machen, wenn sie angemessen mit Personal und vor allem mit Gerät ausgestattet werden. Dazu bedarf es keiner grundlegenden Neuorganisation und „Aufrüstung“, sondern primär der Mittel und Verfügbarkeit für weitere und moderne Ausrüstung.

Dagegen sind die Ressourcen für weitere Bataillone zur Kampfunterstützung, Führung und Logistik auf den Führungsleisten Brigade, Division und Korps im Heer, aber auch bei der Streitkräftebasis und Luftwaffe deutlich geringer.

Die Wiederaufstellung von Heeresaufklärungsbataillonen und Pionierbataillonen auf Divisionsebene und zum Teil auch im Korps kann vorwiegend aus der Substanz der Pioniere und Aufklärer in den Brigaden erfolgen, aber die nur noch vier vorhandenen gemischten Artilleriebataillone, die man 2012 auf die Divisionen und die deutsch-französische Brigade verteilt hatte, sind eine sehr dünne Basis für die Neuaufstellung einer Brigade-, Divisions- und Korpsartillerie.

Insgesamt sind in den nicht ganz einheitlich gegliederten gemischten Artilleriebataillonen 131, 295, 325 (L) und 345 (L) zwölf Rohrbatterien (Panzerhaubitze 2000), davon zwei Ergänzungsbatterien, vier Raketenbatterien (MARS II), vier Artillerieaufklärungsbatterien und eine weitere Ergänzungsbatterie vorhanden. Teile für Stäbe, Versorgung und Ausbildung sind hier nicht mitgerechnet. Jede schießende Batterie verfügt über zwei Feuerzüge mit je 4 Rohren/Werfern.

Die noch als klassische mechanisierte Division ausgeplante Division 2027 könnte noch nach älteren Mustern mit drei Brigadepanzerartilleriebataillonen und einem Regiment auf Divisionsebene mit einem Rohrbataillon, einem Raketenbataillon und Führungs- und Artillerieaufklärungsteilen aufgestellt werden, wenn man als Größenordnung von 16 Waffensystemen pro Bataillon ausgeht. Allerdings ließe sich dann ohne umfassende Neuaufstellungen kei-

ne Artillerie für zwei weitere Divisionen oder gar ein Korps realisieren. Neuaufstellungen wären aber nicht nur wegen der Finanz- und Gerätesourcen ein Problem. Die Reduktion der Artillerie auf nur noch vier Verbände begrenzt vorerst auch einen personellen Aufwuchs von aktiven oder gekader-ten Verbänden.

Der besonders in der Artillerie schon weit fortgeschrittene Trend zur ver-netzten Gefechtsführung, der vor allem durch ihre Rolle als Träger der streitkräfteübergreifenden Feuerunterstützung (Joint Fire Support) für viele Wirkmittel in Heer (Artillerie, Mörser, Hubschrauber), Luftwaffe und Marine (Landzielbekämpfung) vorangetrieben wurde, begünstigt innovative Lö-sungsansätze.

Es böte sich an, auf die Bataillonsebene zu verzichten und die vorhandenen Bataillone in drei Divisionsartillerieregimenter umzugliedern, die den Feuer-kampf einer begrenzten Zahl von Feuerbatterien mittels Führungsinformati-onsverbund von Aufklärungsmitteln, Feuerleitung und Wirkmitteln koordi-nieren. Die Möglichkeit einer umfassenden Feuerzusammenfassung aller Ar-tilleriekräfte in einer Division hatten auch die Regimentsstäbe in den alten Heeresstrukturen mit ihrer Führungsausstattung schon genutzt

Jeder der drei Brigaden im Divisionsbereich würde dann ein eigene Rohrbat-terie inklusive Fire Support Teams bevorzugt zugewiesen und ca. drei weite-re Rohr-/Raketenbatterien stünden zusätzlich zur Verfügung der Divisionsar-tillerieführung. Man sollte berücksichtigen, dass eine einzige Batterie mit Panzerhaubitzen 2000 heute die Feuerkraft eines früheren Rohrbataillons mit M 109 G zur Wirkung bringen kann. Der Feuerkampf könnte dann je nach Lage zentral oder dezentral geführt werden.

Bei der Raketen- aber auch der Rohrartillerie konkretisiert sich gegenwärtig, auch angesichts russischer Entwicklungen, eine Reichweitensteigerung bis aus 60-80 km Feuertiefe. Eine Korpsartillerie ließe sich längerfristig mit Kampfdrohnen noch größerer Reichweite ausplanen. Dieses Modell ist nicht mit offiziellen Informationen unterlegt, aber es böte eine Lösung für die ge-ringen Umfangszahlen aufgrund schon vorhandener Konzepte und Systeme bzw. Entwicklungsprojekte. Die Reaktivierung einer überschaubaren Zahl von Raketenwerfern und Geschützen aus den Depotbeständen wurde schon eingeleitet.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass die wehrtechnische In-dustrie einen an die Panzerhaubitze 2000 angelehnten Erprobungsträger auf dem Fahrgestell des Transportpanzers Boxer entwickelt hat, der weitgehend automatisiert und autonom mit einer 2-Mann-Besatzung eingesetzt werden kann. Damit könnte man die Personal- aber nicht die Finanzprobleme für

Neuaufstellungen reduzieren.

Es ist noch offen, ob die Luftwaffe in der Lage sein wird, die durch Streichung der Heeresflugabwehr vor zehn Jahren entstandene Lücke in der Nah-/Nächstbereichsflugabwehr zum Schutz der Heeresverbände zu füllen.

Für die VJTF-Brigade wird das Heer aus eigener Substanz eine Lösung mit zehn Granatmaschinenwaffen auf Boxer und tempierbarer Munition gegen die Drohnengefahr improvisieren. Es böte sich auch an, die wieder geforderte Nahbereichsflugabwehr, wenn sie nicht in der Luftwaffe verbleiben sollte, in die Artillerie einzubinden, um sie auch an eine Vernetzung der Gefechtsführung des Heeres anzuschließen. Ob sich allerdings der umfassende Wiederaufbau einer Nahbereichsflugabwehr als Ersatz für die aufgelöste Heeresflugabwehr und Flugabwehrgruppen ROLAND (Luftwaffe) realisieren lässt, darf bezweifelt werden. Für die Division 2027 sollen vier Feuerinheiten der Luftwaffe mit einem Personalbedarf von 900 aufgestellt werden.

Auch wenn die Detailplanung für das Fähigkeitsprofil 2031 nicht öffentlich bekannt ist, lassen sich aus vorhandenen Einzelinformationen einige Rückschlüsse ziehen. Der bekannte Ablaufplan sieht für 2023 die Panzergrenadierbrigade 37 in Frankenberg/Sachsen als voll präsente Brigade für die NATO - Speerspitze VJTF vor. 2027 soll die 10. Panzerdivision (Veitshöchheim) mit drei Brigaden voll präsent sein. Heeresinspekteur Mais beschrieb im November 2020 dafür einen Umfang von fünf Panzergrenadierbataillonen und drei Jägerbataillonen. Bei der angedachten Gliederung von vier Kampf-bataillonen pro Brigade ist der Rückschluss auf vier Panzerbataillone naheliegend.

Die 10. Panzerdivision führt dann neben der als Panzerbrigade mit je zwei Panzergrenadierbataillonen und zwei Panzerbataillonen schon 2023 voll präsenten Brigade 37 auch die Panzerbrigade 12 in der Struktur einer Panzergrenadierbrigade im Bayerischen Wald. Die Gebirgsbrigade 23 in Oberbayern gehört derzeit zwar auch zur 10. Panzerdivision, kommt aber für die Aufstellung einer mechanisierten Division naturgemäß erst einmal nicht in Betracht. Das gilt auch für den deutschen Anteil der deutsch-französischen Brigade in Baden-Württemberg und Ost-Frankreich. So ist aufgrund der Stationierung der Rückschluss naheliegend, dass die jetzt zur 1. Panzerdivision gehörende Panzerbrigade 21 in Augustdorf den dritten mechanisierten Verband in der Division 2027 bilden wird.

Alle drei genannten Brigaden (37, 12, 21) verfügen in der Summe im Augenblick über fünf aktive Panzergrenadierbataillone plus ein Ergänzungsbataillon (908), vier Panzerbataillone plus das zurzeit nur als unvollständiges Kaderbataillon verfügbare Gebirgspanzerbataillon 8. Im Panzerbataillon 203 Augustdorf wurde eine Ergänzungskompanie neu aufgestellt. Es gibt aber

nur ein aktives Jägerbataillon plus Ergänzungsbataillon (921) in der Brigade 21. Da dürfte es unter Umständen noch Abstellungen aus anderen Brigaden oder Umgliederungen geben.

Sehr naheliegend ist, dass in der 1. Panzerdivision (Oldenburg) mit der Panzerlehrbrigade 9 in Munster und der Panzergrenadierbrigade 41 in Neubrandenburg parallel dazu bis 2031 eine digitalisierte Division entwickelt wird, um die Erfahrungen des Erprobungsverbandes in Munster umzusetzen. Die Heeresschule in Munster ist ein Zentrum der Entwicklung deutscher Landstreitkräfte und in und um den Standort sind zahlreiche Truppenteile stationiert, die den Zusatz „Lehr“ tragen. So ist z.B für die Panzerlehrbrigade 9 abweichend von der künftigen Regelgliederung nicht eine Panzerpionierkompanie, sondern das Panzerpionierbataillon 90 (L) vorgesehen, obwohl das eigentliche Lehrbataillon in Ingolstadt liegt.

Dieser Division untersteht auch die niederländische Panzergrenadierbrigade 43, der das gemischte deutsch-niederländische Panzerbataillon 414 zugeordnet wurde, so dass nur noch das Panzerlehrbataillon 93 zur Verfügung steht, da die Brigade 41 keine Kampfpanzer hat. Beide Brigaden verfügen darüber hinaus über vier Panzergrenadierbataillone plus ein Ergänzungsbataillon (908) und zwei Jägerbataillone. Die 1. Panzerdivision wäre dann der Verband, der vorerst nur zwei deutsche Brigaden führt, da erst für die Zeit nach 2032 eine Ausweitung von 8 auf 10 Brigaden erwogen wird.

Eine zweite digitalisierte Division dürfte zeitgleich bis 2031 im Süden aus der Gebirgsbrigade 23, der Luftlandebrigade 1 und einer bis dahin voll aufgestellten deutsch-französischen Brigade gebildet werden.

Die Planung sieht den Aufwuchs des deutschen Anteils der deutsch-französischen Brigade mit zur Zeit zwei Jägerbataillonen, einem Artilleriebataillon und dem deutschen Anteil an einem Versorgungsbataillon zu einer kompletten Heeresbrigade auf. Zu diesem Zwecke böte sich die Unterstellung des nicht-aktiven Gebirgspanzerbataillons 8 (s.o) an. Über die Zukunft der Brigade als deutsch-französisches Kooperationsvorhaben wird sicher noch zu entscheiden sein.

Die Ausgestaltung der Brigaden 23 und D/F ist aber noch offen und eine Standardbrigade mit vier Kampfataillonen und einem hohen Anteil mechanisierter Kräfte wie in der Division 2027 für die Planungen zum Ende des Jahrzehnts nicht weiter der Maßstab.

Die Division Schnelle Kräfte in Stadtallendorf steht als Träger der Luftmobilität im Heer als Stab für leichte Kräfte schon zur Verfügung. Allerdings sollen die drei Heeresfliegerregimenter unter einem eigenen Stab zusammen-

gefasst werden. Das Heeresfliegerkommando in Bückeburg wurde zu diesem Zweck schon aufgestellt.

Weiterhin benötigen die Divisionstruppen neben Artillerie, Pionieren und Aufklärern je ein Führungsunterstützungsbataillon und einen Versorgungsverband. Die Versorgungsbataillone dürften bei den Brigaden bleiben, werden aber auf eine Endstärke von 1100 Soldaten aufgestockt. Vor allem die Transportteile müssen verstärkt und die Instandsetzung wieder für breitere Unterstützung im vorderen Bereich ausgelegt werden. Unter den 18 Ergänzungskompanien in den Bataillonen des Heeres gibt es neben Fallschirmjägern, Gebirgsjägern, Aufklärern und Pionieren auch Angehörige der Versorgungsbataillone. Neue Ergänzungseinheiten kommen gegenwärtig bei der Panzertruppe dazu. Wie alle Ergänzungseinheiten handelt es sich natürlich nur um personalführende Einheiten von Reservisten ohne Gerät.

Jede Brigade soll über je eine Kompanie für Stabsunterstützung und Fernmeldeverkehr verfügen. Deutsche Korpstruppen für die NATO-Korpsstäbe mit deutschem Anteil gibt es gegenwärtig außer deutschen Anteilen an Führungsunterstützungskräften und einem Fernmeldebataillon in Prenzlau gegenwärtig nicht.

In Minden wird künftig im Pionierbataillon 130 das amphibische Brückensystem M 3 gemeinsam von Deutschland und Großbritannien betrieben. Die Briten hatten ihren amphibischen Brückenverband in Hameln im Rahmen des Abzugs aus Deutschland zwar aufgelöst, die Systeme aber in Deutschland eingelagert, um sie vor allem mit Reservisten reaktivieren zu können, da Brückenzapfen im Bündnis Mangelware geworden sind. Möglicherweise wird dieser Verband die Pionierkomponente der Korpstruppen bilden. Seine bisherige Rolle als Panzerpionierverband der Panzerlehrbrigade 9 wird ein neues Bataillon übernehmen (s.o.). Es existierten im Heer bisher ein teilaktiver Bataillonsverband (901) für Pionierbrücken in Havelberg Minden und Bogen sowie ein Ergänzungsbataillon der Pioniere in Ingolstadt(905).

Die Division 2027 wird noch einmal die klassischen Befähigungen des Deutschen Heeres im Kampf der verbundenen Waffen mit mechanisierten (=gepanzerten) und einem Anteil leichter Kampftruppen wiederbeleben und noch einmal zur Geltung bringen. Auch wenn sie organisatorisch nur ein Drittel des Heeres ausmacht, wird sie überproportional die vorhandenen schweren Kampftruppen und ihre Ausrüstung in Anspruch nehmen. Es werden dafür u.a. 266 einsatzbereite Schützenpanzer Puma benötigt. Die eigentliche digitale Innovation in der Landkriegführung wird dann in den Folgejahren in den anderen beiden Divisionen umgesetzt. Man rechnet mit einem Bedarf von 27.000 digitalen Rüstsätzen für diverse Plattformen.

Obwohl die Rahmenorganisation des jetzigen Heeres eine realistische Basis für den Ausbau zum Fähigkeitsprofil 2031 bietet, ist die materielle Basis an verfügbaren Waffensystemen sehr eng. 328 Leopard 2 A6-7 für sieben Panzerbataillone mit 44 Kampfpanzern in der Regelgliederung und 350 PUMA des I.Loses und 227 eines noch ungesicherten II.Loses für neun Panzergrenadierbataillone zu je 44 Schützenpanzern bieten keinen großen Spielraum, da ja auch Ausbildung, Umlaufreserve und Gerätereserven berücksichtigt werden müssen. Das gilt auch für die Artillerie, selbst wenn man dort durch Wiederinbetriebnahme von Depotbeständen auf ca. 110 Panzerhaubitzen 2000 und 50 MARS II aufstrockt.

Ein gewisses Unbehagen der Heeresführung an den zersplitterten Führungsstrukturen mündete in der Absicht des Generalinspektors zur Bildung eines Kommandos für die Führung von Landstreitkräften in Münster. Dies würde sich dann nicht auf das Heer beschränken, sondern alle Kräfte in der Dimension Land im Einsatz führen müssen. Die Bundeswehr und das Heer benötigen nationale Führungsstäbe mit allen neun Führungsgrundgebieten nach NATO-Vorbild. Das Einsatzführungskommando in Potsdam ist nur auf Führung der Einsatzpakete im Ausland ausgelegt, nicht für die Führung großer Operationen. Damit verbindet sich die Frage, ob der auf mittlerweile sechs Teilstreitkräfte bzw. Organisationsbereiche angewachsene Rahmen von Dauer sein kann.

Nach zwei Jahrzehnten Fixierung auf Kriseneinsätzen, in denen man sich den Worten von Heeresinspekteur Mais folgend aus der vorhandenen Bundeswehrorganisation wie aus einer Werkzeugkiste bedient habe, um kleinere Modulpakete für Einsätze zusammenzustellen, muss die Truppe wieder die Führung großer Operationen der kompletten Bundeswehrorganisation konzipieren. Dazu laufen gegenwärtig intensive Studien, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Landstreitkräfte künftig aussehen und eingesetzt werden müssen.

Insgesamt ist die Realisierung des Fähigkeitsprofils 2031 aus der Sicht des Heeres kein überzogene Planungsvision und ufert nicht in überzogenen Umfängen aus. Die Frage von Neufstellungen, vor allem von Reserveverbänden, dürfte sich sehr viel deutlicher in der Streitkräftebasis und im zentralen Sanitätsdienst stellen, da deren Unterstützungsrolle nur auf Module für die bisherigen begrenzten Auslands- und Übungseinsätzen ausgelegt sind, nicht für umfassende Operationen der gesamten Bundeswehr.

Der Umfang des Fähigkeitsprofils dürfte weniger einer operativen Bedarfsanalyse der Risiken und der Definition eines operativen Minimums entspringen, sondern sich eher an der Größenordnung Deutschlands im Bündnis orientieren und dem seit Aufstellung der Bundeswehr maßgeblichen Motiv, für

politische Mitsprache ein gewisses militärisches Gewicht einzubringen, folgen. Militärisch-strategische Erwägungen kamen immer erst an zweiter Stelle. Auch die Organisationsstruktur der Bundeswehr ist eher durch politische Gesichtspunkte als operative Effizienz geprägt.

Vergleicht man den Umfang von acht voll aufgestellten Brigaden eines 80 Millionen Volkes mit dem britischen Heeresbeitrag von fünf derartigen Formationen könnten die Relationen nach der Bevölkerungszahlen auch stimmen, aber bei Luftwaffe und Marine bewegt sich Deutschland gegenüber den großen europäischen Partner nur auf gleichem oder niedrigerem Niveau und muss natürlich kaum Aufwand für nukleare Optionen betreiben. Als kontinentale Macht in der Mitte Europas müssten der Heeresbeitrag und die Luftwaffe nach Bevölkerung und Wirtschaftsleistung sicher größer sein. Ein Vergleich der Verteidigungsstrukturen ist natürlich nur bedingt möglich, da sich Ambitionen, historische Prägungen, globale Interessen und geografische Bedingungen unterscheiden, aber die ökonomische Leistungskraft ist schon ein Maßstab. Gemessen an unserer Größe und Wirtschaftskraft müssten wir ca. ein Fünftel der europäischen Gesamtstreitkräfte unterhalten.

Für die Luftwaffe kursieren auch interne Papiere, die von einem Wachstum der Organisation ausgehen, aber wenig ist davon zu hören oder zu lesen. Da dreht sich in der öffentlichen Diskussion alles um Flugzeug- und Hubschrauberbeschaffungen, auch wenn eine Luftwaffe mehr darstellt als nur fliegende Geschwader.

Im Mittelpunkt steht der Ersatz der TORNADO und der Transporthubschrauber CH 53 G. Einen echten Zuwachs an fliegenden Systemen wird es sicher nur bei den unbemannten Luftfahrzeugen und leichten Hubschraubern geben. Die Ausrüstung mit bewaffneten Drohnen ist wegen eines Richtungswechsel beim Koalitionspartner SPD erst einmal wieder aufgeschoben. Außerdem muss die künftige weiträumige fliegende elektronische Aufklärung mit PEGASUS integriert werden.

Nachholbedarf dürfte bei der Nahbereichsluftverteidigung bestehen, wo nach einem improvisierten Einstiegsprojekt "Qualifizierte Fliegerabwehr" im Heer für die VJTF 2023 von einem dauerhaften Aufwuchs auf 14 Einheiten mit 5000 zusätzlichen Soldaten bis ca. 2032 in Luftwaffe oder Heer die Rede ist, welche beide Teilstreitkräfte kaum zur Verfügung stellen können.

Die Wiederbelebung der bodengestützten Luftverteidigung zum Schutz Deutschlands oder gar ein Schutz gegen die Flugkörperbedrohung, wie sie von russischen Systemen in der Kaliningrad-Region ausgeht, steht zwar im Lastenheft der Luftwaffe, würde aber Wiederaufstellungen von weiteren Flugabwehrraketengruppen und deren Dislozierung im Westen und Süden

nach sich ziehen, was aber gegenwärtig die Ressourcen überfordern dürfte, zumal die Ausgestaltung der Bodenflugabwehr angesichts der ungewissen Zukunft des Taktischen Luftverteidigungssystems TLVS zur Zeit wieder auf den Prüfstand gestellt wurde. Die bis 2012 erfolgte Auflösung von zwei Geschwaderstäben und den Flugabwehrraketengruppen (Patriot) 22, 23 und 25 wird man so schnell nicht rückgängig machen können.

In besonderem Maße ist in der Luftwaffe ein Aufwuchs der Bodenorganisation mit aktiven oder teilaktiven Kräften erforderlich, um mehr mobile Einsatzbasen bzw. von der Schließung zurückgestellte Flugplätze betreiben zu können. Dazu gehören der Fliegerhorst Lechfeld bei Augsburg als zweiter Standort für den Betrieb des Transporters A 400 und der Fliegerhorst Hohn bei Rendsburg. Im Objektschutzregiment der Luftwaffe liegen schon Erfahrungen mit Reservisten vor und müssten für Schutzaufgaben und den Betrieb mobiler Einsatzplätze ausgebaut werden. Dies gilt aber auch für alle anderen Basen, wo mit der Auflösung der Fliegerhorstgruppen (Ausnahme: Büchel) viele Kräfte für Schutz und Betrieb unter Gefechtsbedingungen verloren gingen. Sofern die Luftwaffe wieder wie in früheren Strukturen mit eigenen mobilmachungsabhängigen Sicherungsstaffeln den Eigenschutz übernimmt, wäre der Heimatschutz der Streitkräftebasis deutlich entlastet. Für den Betrieb der stationären und mobilen Einsatzbasen in Deutschland müsste man auch wieder Mob-Einheiten für Brandschutz, Luftwaffenpionierdienst und Flugabwehr (Fliegerfäuste) aufstellen.

Die Luftwaffe wird jetzt auch in den Freiwilligendienst für Heimatschutz einbezogen, um so Kräfte für den Schutz ihrer Objekte zu gewinnen.

Die Luftwaffe will auch ihre Führungsstruktur etwas redundanter auslegen. Hier wird die Wiederinbetriebnahme des Bunkers „Martin“ in Meßstetten erwogen, um neben Kalkar ein Ausweichhauptquartier als operative Führungszentrale der Luftwaffe zu haben. Auch der mobile Führungsgefechtsstand DCRC und die mobilen Luftraumüberwachungssensoren in Holzdorf könnten eine Verdoppelung erfahren. Das Weltraumlagezentrum in Kalkar/Uedem und zusätzliche Sensoren für die Weltraumüberwachung (u.a. in Koblenz) wurden schon in Betrieb genommen.

Die im Fähigkeitsprofil genannte maritime Flottenstärke entspricht in etwa den aktuellen mittel- und langfristigen Bauvorhaben, auch wenn die gar nicht so neue Soll-Zahl von 15 Fregatten für das Bündnis wohl weiterhin nur eine Zielgröße bleiben wird und die schon eingeleitete Aufstockung auf 10 Korvetten eine gewisse Kompensation bei den Hochseefähigkeiten erbringen muss. Die Zahl von 8 U-Booten kann nur realisiert werden, wenn der Bau von zwei neuen Einheiten in deutsch-norwegischer Kooperation durch den Haushalt abgesichert wird. Auch die ca. 10 Mineneinheiten müssen mittel-

fristig ersetzt werden. Mittel für drei neue Flottendienstboote zur Aufklärung und neue Bordhubschrauber wurden bewilligt. Bei den Versorgungsschiffen sind die Tanker vorrangig zu ersetzen. Die amphibische Komponente des Seebataillons wurde dem niederländischen Korps Mariniers unterstellt und würde gern Kampfboote erhalten. Ersatzbedarf besteht auch bei den acht Seeraumüberwachungsflugzeugen Orion.

Für die Streitkräftebasis war in "Loyal" im Jahre 2017 anlässlich des „Bühler“-Plans, einer Vorstudie zum Fähigkeitsprofil, sogar der Bedarf von 20 weiteren Bataillone vermutet worden, wobei da vermutlich neben 10 weiteren logistischen Bataillonen auch informationstechnische Bataillone eingerechnet waren, die mittlerweile zum Organisationsbereich CIR gehören.

Während die heutige Logistik und Informationstechnik nur auf Unterstützung ausgewählter Einsatzmodule abgestellt ist, müsste sie sich für eine Bündnisverteidigung aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche sehr viel breiter aufstellen müssen und das gilt analog auch für den zentralen Sanitätsdienst. Vor allem eine Logistikkette in einen Einsatzraum an der östlichen Bündnisperipherie kann kaum in die gewerbliche Wirtschaft ausgelagert werden und müsste schon wegen des Kombattantenstatus durch neue, weitgehend gekaderte Logistiktruppenteile sichergestellt werden.

Einige Neuaufstellungen der Streitkräftebasis sind schon erfolgt mit dem Stab des Logistikregiments 1 in Burg, einem neuen ABC-Abwehrregiment in Strausberg und einem speziellen Logistikbataillon in Delmenhorst für die Aufnahme und Betreuung von alliierten Verstärkungskräften (Nr. 163 RSOM). Die Aufstockung der ABC-Kräfte ist durch Integration und Ausstattung von zwei Ergänzungsbataillonen (906, 907) erleichtert, aber dergleichen fehlt im Bereich des Logistikkommandos. Dieses muss künftig mehr "ortfeste logistische Objekte"(Depots) für den Aufwuchs der Bevorratung betreiben und eine Bundeswehr in der Bündnisverteidigung dürfte auch mehr mobile Logistikbataillone benötigen. Jüngste Informationen aus dem Newsletter des „Blauen Bundes“ berichten von einer geplanten Aufstockung des Logistikkommandos von acht auf zehn mobile Einsatzverbände und um einen weiteren Regimentsstab.. Hier ist ein weitergehender Ausbau sicher nur durch ganz neu aufzustellende nicht aktive Kräfte möglich, sofern die weitere Auslagerung in die gewerbliche Wirtschaft in der Kombattantenfrage an Grenzen stößt.

Pionierkräfte für Gewässerübergänge und Schadensabwehr zur Aufrechterhaltung der Transitverbindungen in die potentiellen Einsatzgebiete existieren nicht oder sind, wie man im modernen Militärdeutsch formuliert, „planerisch nicht abgebildet“.

Das Kommando operative Eingreifkräfte in Ulm wurde um eine NATO-Rolle

bei der Organisation von Truppenbewegungen in ganz Europa mit dem ange-dockten Joint-Support-Enabling-Command erweitert. In der Feldjägertruppe existieren drei Ergänzungskompanien. Feldjägern kommt bei der Verkehrsregelung und Absicherung der Host-Nation-Support-Aufgaben im Transitland Deutschland eine besondere Bedeutung zu.

Der im Bereich des Kommandos Territoriale Aufgaben zu reorganisierende Heimatschutz wurde schon in einer anderen Ausarbeitung behandelt. Hier müssen die RSU-Kräfte eigenes Gerät und eine eigene Infrastruktur erhalten. Die 30 RSU-Kompanien werden dann als Heimatschutzkompanien möglicherweise nach einem erfolgreichem Abschluss des Truppenversuchs in Bayern in Heimatschutzregimentern gegliedert und über eigene Stützpunkte verfügen. Eine Bewertung der Schutzobjekte steht noch aus. Es sind aber bis 2025 fünf gekaderte Heimatschutzregimenter vorgesehen.

Im zentralen Sanitätsdienst richten sich Überlegungen darauf, wie ein deutlich höherer Anfall von Verwundeten in einem Bündniszenario versorgt werden kann. Im Bereich des Kommandos Sanitätsdienstliche Einsatzunterstützung wird die Zahl der Rettungsstationen, beweglichen Arzttrupps und Einsatzlazarette deutlich erhöht werden müssen. Mit dem Sanitätsregiment 4 in Rheine-Bentlage wurde eine erste Neuaufstellung vorgenommen. Die regionale Sanitätsunterstützung im Inland kann ggf. auch zivile Kapazitäten mitnutzen, wenn die eigenen Kapazitäten nicht mehr ausreichen. Dieses Problem darf man natürlich im Sinne einer Gesamtverteidigung nicht nur aus militärischer Perspektive betrachten, sondern muss den Bevölkerungsschutz mitdenken. Die Corona-Pandemie und ihre Bewältigung durch Hilfsorganisationen mit Unterstützung der Bundeswehr trägt vielleicht zur Schärfung des Bewusstseins für die medizinische Vorsorge für Katastrophenfälle bei.

Das Kommando Cyberinformationsraum wird seine Fähigkeiten zur Cyberabwehr ausbauen und auch eine offensive Komponente entwickeln. Zusätzliche IT-Bataillone dürften schon wegen des Mangels an Spezialpersonal kaum aufgestellt werden, zumal auch Heer und Luftwaffe zusätzlichen Bedarf bei den Führungsdiensten und für ihre Digitalisierung haben. Der Fernmeldeverkehr wird sich nicht nur auf verwundbare Satellitenkommunikation und zivile Netze abstützen können, sondern Richtfunk, Funk und Troposcatter wieder stärker nutzen.

Das unterstellte Kommando Strategische Aufklärung versteht sich zunehmend auch als Wirkungskommando, das sich mit den Bataillonen zur elektronischen Kampfführung, dem Zentrum operative Information und Zentrum Cyberoperationen auch aktiv an der Kampfführung beteiligen kann und auch für ein hybrides Szenario gerüstet ist. Wenn das System PEGASUS für die luftgestützte weiträumige elektronische Aufklärung mit Bombardier Global

6000 in Dienst gestellt ist, muss auch eine Auswertungskomponente bereit stehen.

Das Fähigkeitsprofil von 2018 ist eine Planungsvorgabe, bei der aber offen ist, ob sie von den parlamentarischen Mehrheiten mit den entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegt wird. Der personelle Aufwuchs im Rahmen nicht aktiver Reservestrukturen könnte mit Hilfe einer erfolgreichen Grundbeorderung gelingen, aber die materielle Ausstattung bleibt eine gewaltige Herausforderung. Der sich weit über eine Dekade erstreckende Planungshorizont für die Wiederherstellung der Fähigkeit zur Bündnisverteidigung mit einem in Grundstrukturen schon vorhandenen Rahmen wirkt sehr zaghaft gegenüber den Aufbaujahren der Bundeswehr als man binnen eines Jahrzehnts bei Null beginnend 12 Divisionen aufstellte. Es bleibt halt eine Frage des politischen Willens und seiner Prioritätensetzung.

Es wurde ein jährlicher Bedarf des Fähigkeitsprofils von 55 - 60 Mrd. € für den Einzelplan 14 genannt. Dies ist im Augenblick trotz aller Steigerungen des Etats nicht absehbar. Den Kritikern dieser Zuwächse werden leider viel zu selten die fahrlässigen Versäumnisse und Fehleinschätzungen der Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte vor Augen geführt, die nun zu erhöhtem Finanzbedarf geführt haben.

Initiativen zur langfristigen Absicherung in einem Bundeswehrstärkungsgesetz fanden in der Politik kein Gehör. Planungen wären dann, wie zum Beispiel bei Leistungsgesetzen im sozialen Sektor die Regel, durch größere gesetzliche Verbindlichkeit dem Wechsel von Mehrheiten in geringerem Umfang unterworfen. So stark ist die Lobby der Sicherheitspolitik in Deutschland aber nicht! Entscheidungsbefugnisse des Parlaments über einzelne Rüstungsprojekte sind in anderen demokratischen Staaten nicht so ausgeprägt wie in Deutschland.

Erste Absetzbewegungen von den Bekenntnissen in der Sicherheitspolitik, wie das weitere Nein der SPD zur Drohnenbewaffnung und die Nichteinplanung von Haushaltsmitteln für schwere Transporthubschrauber und das Taktische Luftverteidigungssystem sind unübersehbar. Bisher hatte der Bundestag oft im Verteidigungshaushalt "nachgelegt", wenn sich noch aktueller Bedarf abzeichnete, aber in der Nach-Coronazeit und angesichts der auch aus anderen Gründen (Ausstieg aus der Kohleverstromung) wachsenden Verschuldung ist das zweifelhaft.

Die Pandemie hat eine neue Lage geschaffen, allerdings wird sich Deutschland gegenüber der neuen US-Administration und seinen Partnern bei der Verteidigung und sicherheitspolitischen Verantwortung für Europa nicht mehr lange "in die Büsche schlagen" können. Geht man von einer raschen

wirtschaftlichen Erholung nach Bewältigung der Pandemie aus, wären die ambitionierten Planungen des neuen Fähigkeitsprofils vielleicht nur zeitlich verschoben, aber nicht aufgehoben. Allerdings setzen weitere Herausforderungen wie der Umbau der Wirtschaft im Rahmen der Klimapolitik, die Gestaltung der technologischen und bildungspolitischen Landschaft und die Sozialpolitik (Alterssicherung!), vor allem aber auch die Verschuldung durch die nationalen und europäischen Corona-Hilfspakete weitere Grenzen für den Militäretat, der auch wegen der Defizite bei der Effizienz des Rüstungssektors einem großen öffentlichen Druck unterliegt.

Hinzu kommen Ungewissheiten nach der Bundestagswahl. Die mutmaßlichen künftigen Koalitionen dürften die Verteidigungspolitik nicht an erster Stelle auf ihrer Agenda haben und die Parteien eher Streit mit den Bündnispartnern als mit der Wählerschaft riskieren.

Diese innenpolitischen und ökonomischen Einwände gegen Militärausgaben könnten allerdings verblassen, wenn Eruptionen in der ohnehin instabilen Weltordnung ähnlich unerwartete Krisenlagen und Handlungszwänge herbeiführen wie das bei der Corona-Epidemie der Fall war, deren Ausmaße zum Jahresanfang 2020 auch niemand geahnt hatte. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass vergleichbare Unwägbarkeiten jenseits aller Prognosen die Sicherheitspolitik in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. Da dürften dann kurzfristig verfügbare Fähigkeiten und Führungskompetenz mehr wiegen als lange gesinnungsethische Diskurse.

Die Terminologie des Textes beschreibt Aufträge und Strukturen so wie sie zu Zeiten des „Kalten Krieges“ geläufig war und zur Beschreibung eines militärischen Auftrages in der Bündnis- und Landesverteidigung diente. Wir befinden uns nicht in einem neuen Kalten Krieg, aber die politische Erfahrung der letzten Jahre hat zu einer Neubewertung des militärischen Verteidigungsauftrages und der Sicherheit in Europa geführt und deshalb sollte die Situation einer Krise und eines Krieges nicht sprachlich verschleiert werden. Unbestreitbar bleibt das Ziel: Die Aufrechterhaltung unserer Friedens- und Rechtsordnung auf unserem Territorium und auf dem Territorium unserer Partner und der Schutz vor äußerer Erpressung, Destabilisierung und gewaltsamer Beseitigung. Die Worte von Willi Brandt beschrieben treffend das Anliegen: „Ohne Frieden ist alles nichts!“. Äußere Sicherheit gehört ebenso zur Daseinsvorsorge wie Renten, Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Ökonomie, Ökologie und Gesundheit. Es bleibt die Hoffnung, dass durch angemessene, besonnene und unaufgeregte Vorsorge dieser Ernstfall nicht eintreten wird.